

Resolution der Regionaldelegiertenversammlung des vpod region basel vom 25. Januar 2017

Keine Investitionen der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in klimaschädigende Unternehmen – Divestment jetzt!

Die Weltgemeinschaft hat Ende 2015 an der Klima-Konferenz in Paris beschlossen, dass alle Länder dieser Erde Massnahmen gegen die fortschreitende Klimaerwärmung beschliessen sollen, wenn absehbar wird, dass die 2-Grad-Grenze der Erhitzung überschritten wird. Solche Massnahmen müssen im Interesse von uns allen sein, denn wir wissen noch nicht im Detail, welche Auswirkungen auf uns alle zukommen werden, wenn die Klimaerwärmung ungebremst wie bis anhin weitergeht.

Die geforderten Massnahmen gegen die Klimaerwärmung können auch an der Börse zu grossen Veränderungen führen. Firmen die klimaschädlich wirtschaften könnten massiv an Wert verlieren wenn die Länder handeln. Es droht gar die Gefahr einer Kohlenstoffblase (Carbon Bubble) mit geballten Kurstürzen an den Aktienbörsen.

Dass geäusserten Bedenken nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt eine Studie des Bundesamts für Umwelt (BAFU) vom September 2015. Die Autoren von „Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz“ warnen vor massiven Verlusten für den einheimischen Finanzplatz. Sie kommen zum Schluss, dass ein Umstieg der Pensionskassen auf klimafreundliche Unternehmen nötig und „ohne grössere Folgen in Bezug auf Risiko und Diversifikation möglich“ sei.

Diverse Institutionen und Pensionskassen haben daher bereits begonnen ihre Investitionen zu hinterfragen und teilweise beschliessen ihre Gelder aus Unternehmen abziehen, die entweder viel Kohlendioxid (CO₂) ausstossen, fossile Energien fördern oder damit handeln. Zu diesen gehört beispielsweise der norwegische Pensionsfonds oder die Pensionskasse des Bundes (Publica), welche beschliessen hat, nicht mehr in Kohlefirmen zu investieren.

Auch in Basel wurden bereits diverse Vorstösse gemacht. Anfragen im Grossen Rat und ein offener Brief der Organisation fossil-free an die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) haben aber bisher nichts bewirkt. Uns sind weder die detaillierten Investitionstätigkeiten bekannt und noch gibt es keine Zusage, dass die Kasse aus ein Divestment aus den fossilen plant. Wir sind der Meinung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Basel-Stadt und damit die Versicherten der PKBS ein Anrecht auf Transparenz bei unserem Vorsorgeunternehmen haben. Und wir wollen aktiv bei den Entscheidungen mitwirken, ob weiterhin Investitionen in klimaschädigende Unternehmen erfolgen sollen.

Die Regionaldelegiertenversammlung des vpod region basel fordert daher die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) auf, ihre Investitionstätigkeit in klimaschädigende Unternehmen zu stoppen und ihr Anlagereglement entsprechend anzupassen. Diese Resolution soll dem Verwaltungsrat sowohl über den vpod region basel wie auch – sofern möglich - über die Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände (AGSt) bzw. der ArbeitnehmendenvertreterInnen im VR der PKBS übermittleit werden.